

TÜRKEI-SPIEGEL

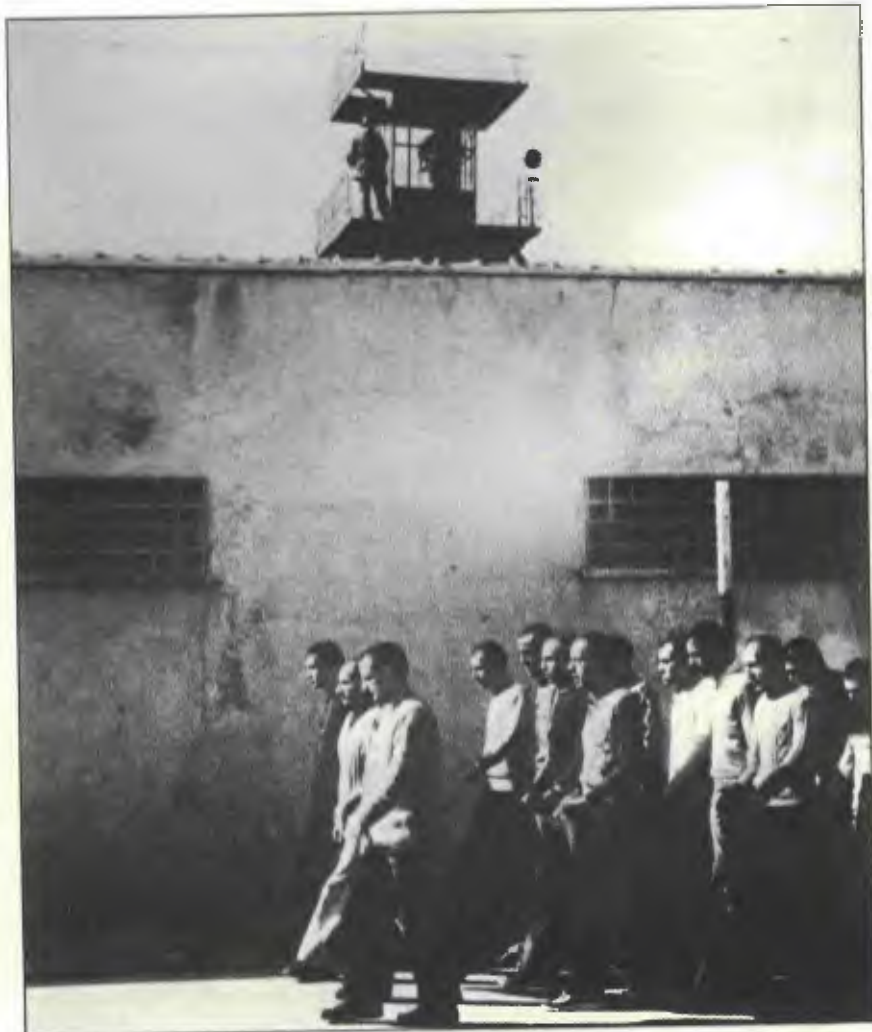
Demokraten aller Länder, unterstützt einander!

Artikel 5 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte:
"Niemand darf der Folter oder anderer grausamer unmenschlicher
Behandlung oder Strafe unterworfen werden"



Oktober 1983

TÜRKEI-SPIEGEL





Die Lüge von der “Rückkehr zur Demokratie”

Ali H. Karadağ

Die Junta der faschistischen Generäle hat nach der faschistischen Verfassung den zweiten Schritt ihres politischen Programms unternommen und am 24. April das Gesetz über die politischen Parteien verabschiedet. Die Junta, die von oben, durch einen Putsch, an die Macht kam, möchte mit der Komödie politischer Parteien und den Wahlen zivile politische Institutionen schaffen, die ihr die Unterstützung der Massen sichern sollen, und auf der anderen Seite ihre Isolierung in der Öffentlichkeit der Türkei und des Auslands mit dem Schein der Rückkehr zur Demokratie mildern.

Der Prozess, der mit der Gründung politischer Parteien begann, machte ganz deutlich, dass nicht alles reibungslos verlaufen würde, wie die Junta es sich vorstellte. Die Entwicklung in der Türkei zeigte, dass die Junta nicht einmal bereit ist, auch nur ein Krümchen der bürgerlichen Rechte und Freiheiten zu dulden. Der Rahmen, den das Gesetz über die politischen Parteien zieht, stellt sich als sehr eng dar und bringt unvorstellbare Einschränkungen für die Gründung politischer Parteien, für ihre

Aktivitäten und ihre Teilnahme an den Wahlen mit sich. Nach § 5 dieses Gesetzes ist z.B. die Gründung von kommunistischen, sozialistischen und Arbeiterparteien verboten. Diesem Paragraphen nach können in der Türkei keine Parteien auf Klassenebene gegründet werden. § 81 des gleichen Gesetzes besagt, dass politische Parteien — in einer Türkei, in der die Kurden ein Drittel der Gesamtbevölkerung ausmachen — “nicht behaupten können, dass es in der Republik Türkei Minderheiten auf der Basis von nationalen, religiösen, kulturellen, konfessionellen oder rassischen und sprachlichen Unterschieden gibt.” Im gleichen Paragraphen steht: “Es ist verboten, eine andere Sprache oder Kultur zu schützen und zu entwickeln — ausser der Türkischen.”

Ausserdem gibt es einen besonderen Verbotsteil in diesem Gesetz. Ein interessantes Beispiel dafür ist der § 97: “Aktivitäten oder Äusserungen jeder Art gegen die Beschlüsse vom 12. September und des Nationalen Generalstabes sind verboten!”

Neben all diesen Einschränkungen und Verboten haben die Generäle auch

die “Ermächtigung zum Veto”. § 4 besagt: “Der Nationale Generalstab ist ermächtigt, über die Parteigründer, deren Namen in an das Innenministerium gerichteten Gründungserklärungen erwähnt sind, Untersuchungen einzuleiten und diejenigen, die ihr ungeeignet erscheinen, aus der Gründungsmitgliedschaft zu entfernen.”

Zusätzlich zu diesen Machenschaften ist die faschistische Junta bemüht, je eine einheitliche rechte und linke Partei zu bilden. Sie liess den ehemaligen General Turgut Sunalp die *Nationalistische Demokratierpartei* und Necdet Calp, einen ehemaligen Gouverneur, die *Volkspartei* gründen. Ihrem Plan nach sollte die NDP an die Stelle der ehemaligen *Gerechtigkeitspartei* (Demirels Partei) und die VP an die Stelle der ehemaligen *Republikanischen Volkspartei* (Ecevit's Partei) treten und deren Wählerpotential abschöpfen.

Die Junta, die seit ihrer Machtübernahme keine Unterstützung durch die Massen erfahren hat, könnte dadurch ihr faschistisches Regime gesellschaftlich abstützen. Wie auch immer, ihr

(Forts. S.4)

(Forts. v. S.3)

Plan liess sich nicht verwirklichen. In den ersten zwei Wochen nach dem Beginn der Gründung politischer Parteien am 16. Mai wurde unter Vorsitz eines ehemaligen Generals die *Grosstürkische Partei* gegründet, die in kurzer Zeit die Unterstützung des rechten Flügels gewann. Erdal İnönü, Sohn des ehemaligen Führers der *Republikanischen Volkspartei*, İsmet İnönü, gründete die *Sozialdemokratische Partei*, die die Unterstützung der liberalen und sozialdemokratischen Kreise gewann, und füllte so die Lücke mitte-links.

Man sollte jedoch im Auge behalten, dass sich beide Parteien nicht gegen die faschistische Verfassung und das Parteiengesetz gestellt haben und öffentlich erklärten, sich im Rahmen dieser Gesetze zu bewegen. Ausser Frage ist jedoch, dass diese Parteien nicht mit den beiden anderen auf Befehl Evrens gegründeten gleichzusetzen sind. Die *Nationalistische Demokratpartei* und die *Volkspartei* blieben schlaff und unauffällig.

Nach dieser Entwicklung verbot der Nationale Generalstab die *Grosstürkische Partei* und liess acht Mitglieder der *Gerechtigkeitspartei*, unter ihnen Demirel, und sieben Mitglieder der *Republikanischen Volkspartei* verhaften. Dieser Fall zeigt, dass die Junta keine anderen politischen Kräfte duldet ausser den von ihr gegründeten Parteien. Der Faschist Evren erklärte in seiner Rede am 1. Juni in Çorum: "Notfalls werden die Wahlen auf ein anderes Datum als das bekanntgegebene verlegt", und zeigte dadurch seine Panik über die Entwicklung. Danach legte die Junta gegen 21 Gründungsmitglieder der *Sozialdemokratischen Partei*, unter ihnen der Vorsitzende İnönü, ihr Veto ein.

Sie ging damit über die von ihr selbst



aufgestellten Regeln hinaus und offenbarte ihre Absicht, die nicht direkt von ihr gegründeten Parteien zu verbieten. Das zeigt vor allem, dass die gesellschaftliche und wirtschaftliche Krise sehr tief ist, dass der Faschismus innerhalb von drei Jahren die Probleme nicht lösen konnte, obwohl er die Massen wirtschaftlich und politisch unterdrückt, und dass deswegen die Manövriermöglichkeiten der Junta ziemlich eingeengt sind; dass zweitens die gesellschaftliche Unterstützung der Junta schwach ist und immerschwächer wird; drittens, in welchem Grad die Junta sich sogar vor der minimalsten Beteiligung der Massen am politischen Leben fürchtet. Nicht vor den Programmen oder den politischen Linien dieser beiden Parteien fürchtet sich die Junta, da diese schon von vornherein den Rahmen, den die Junta aufstellte, akzeptierten, sondern vor einer Aktivierung der Arbeiterklasse und des Volkes und vor einer Intensivierung der Politik durch eine Liberalisierung der Lage.

Es liegt auf der Hand, dass unter solchen Umständen die Wahlen, die am 6. November stattfinden werden, ein lächerliches Betrugsmanöver darstellen.

Mit diesen Wahlen wird kein Schritt "in Richtung Demokratie" getan. Die faschistische Junta wird — in vielleicht etwas anderer Form — an der Macht bleiben. Mit diesen Wahlen wird versucht, die faschistische Unterdrückung und den Terror über die Massen zu festigen und dauerhaft zu machen. Ohne Beseitigung der faschistischen Junta ist die Demokratisierung nichts anderes als eine Utopie.

Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass die Ressourcen des Kapitalismus in der Türkei nicht einmal für eine pseudo-bürgerliche Demokratie ausreichen. Der Faschismus ist die Antwort der Bourgeoisie auf diese Unzulänglichkeit. Das ist gleichzeitig der Beweis für die Unbrauchbarkeit der bürgerlichen Demokratie als Alternative zum Faschismus. Ohne Frage wollen heute die arbeitenden Massen in der Türkei die Demokratie. Dies jedoch kann nur eine wahre Demokratie sein, die durch eine politische und gesellschaftliche Revolution zu erreichen ist. Die fortschrittlich-demokratischen Kräfte werden, um die Wahlintrigen blosszustellen und die faschistische Junta mit der Macht des Volkes niederzuzwingen, von der Tribüne der Wahlen Gebrauch machen und jede winzige Möglichkeit dabei ausnutzen. Auf der anderen Seite ist die Entlarvung der Junta im Ausland und die Herstellung einer Solidarität mit den demokratischen Kräften in der Türkei und Kurdistan eine unserer wichtigsten Aufgaben. Die Unterstützung durch die fortschrittlich-demokratischen Kräfte im Ausland ist für die Isolierung der Junta von grösster Bedeutung.



Interview mit den *Grünen*

Vom 30.7. bis 12.8.83 fand in Bonn ein Solidaritätshungerstreik mit den Hungerstreikenden in der Türkei statt. Fünf Bundestagsabgeordnete, von den *Grünen*, Jürgen Reents, Christa Reets, Horst Fritsch, Waltraud Schoppe und Dieter Drabiniok beteiligten sich mit einem 48stündigen "Solidaritätsfasten" an diesem Hungerstreik. Das folgende Interview machten wir während dieses "Solidaritätsfastens":

T.S.: Sie haben wahrscheinlich die Entwicklung in der Türkei mitverfolgen können. Die Junta spricht von der "Rückkehr zur Demokratie". Dann der Hungerstreik in Istanbul, der sich auf andere Gefängnisse ausgeweitet hat. Wie stehen Sie, als Oppositionsbewegung hier in Deutschland, zu dieser Entwicklung in der Türkei?

Jürgen Reents: Ich denke, dass wir Gegner des jetzigen Regimes sind. Das ist auch dadurch deutlich, dass wir uns hier den Hungerstreikenden an zwei Tagen, dem "Solidaritätsfasten" angeschlossen haben. Für uns ist natürlich besonders wichtig auch darauf hinzuweisen, dass dieses Militärregime in der Türkei wohl nicht existieren würde, wenn es nicht die Unterstützung der anderen NATO-Länder, besonders von Seiten der Bundesrepublik und von Seiten der USA gäbe. Wir haben jetzt auch Mitte dieses Jahres im Bundestag einen Antrag gestellt, die Wirtschafts- und Militärhilfe, die die Bundesrepublik leistet, vollständig einzustellen, sind damit jedoch nicht durchgedrungen. Wir halten es aber für wichtig, gerade an diesem Punkt weiterzuarbeiten, weil man sich, glaube ich, darüber im Klaren sein muss, dass der stärkste Druck auf das Militärregime ausgeübt werden kann, wenn ihm die internationale Unterstützung von Seiten der anderen Staaten entzogen wird. Ob diese Regierung der CDU/CSU allerdings dazu bereit ist, das muss man, glaube ich, ziemlich stark anzweifeln. Vor allen Dingen, wenn man sich anguckt, was

jetzt dabei herausgekommen ist, wo der Aussenminister Zimmermann wieder in Ankara war und, wie Amnesty International ja gesagt hat, mit 150 neuen Auslieferungsgesuchen aus der Türkei zurückgekommen ist.

Waltraud Schoppe: Ich will einfach nur sagen, warum ich heute mit hier bin. Weil ich wirklich diese entsetzlichen Leiden, wie sie auch heute früh in der Pressekonferenz geschildert wurden, von den Menschen dort in den Gefängnissen, eigentlich gar nicht ertragen kann und wenigstens durch diese kurze Aktion hier, für uns kurze, meine Solidarität bezeugen will. Und ich will durch diese Aktion auch ganz klar sagen, dass ich einfach nichts gemein habe mit diesen Leuten, die bei uns regieren und die die militärische Notwendigkeit der Türkei innerhalb der NATO höher einrangieren als das Leben der Menschen und die Freiheit der Menschen, und ich finde das wirklich sehr schlimm.

T.S.: Meinen Sie, dass dies eine ernsthafte Überlegung von Seiten der Junta ist, oder ist es Ihrer Meinung nach nur ein blosser Schwindel?

Dieter Drabiniok: In unseren Augen ist das sicherlich ein ganz grosser Schwindel, der da vollzogen wird, und ich finde es wirklich bedauerlich, dass da die Regierung der Bundesrepublik diesen Schwindel nicht erkennt oder nicht erkennen will. Ich bin der Meinung, dass alles getan werden sollte, damit einmal hier in der Bundesrepublik Klarheit geschaffen wird in der Bevölkerung, was abgeht in

der Türkei, und dass wir in der Bundesrepublik, in der deutschen Bevölkerung, eine grosse Solidarität mit der türkischen Bevölkerung schaffen können.

T.S.: Und Ihrer Meinung nach geht das? Also, es wäre möglich, hier eine Solidaritätsbewegung aufzuziehen wie vielleicht seinerzeit für lateinamerikanische Länder?

Dieter Drabiniok: Ich denke schon, dass das möglich sein wird, zumindest in dem gleichen Rahmen.

Horst Fritsch: Wenn ich das ergänzen kann, ich würde den Ansatzpunkt einer solchen Kampagne im Herbst sehen, wenn hier vom 6.-16. November, so ist das, glaube ich, geplant, in vielen hundert Orten wieder die Friedensforen stattfinden. Dass dann also dort die Fragestellung aufgegriffen wird, und ich denke, zumindest unter zwei Gesichtspunkten. Einmal, um zu informieren über die Situation in der Türkei, und eben auch, die Frage der Lage der Türken hier in der Bundesrepublik aufzugreifen. Also, ich sehe da im Moment einen Ansatzpunkt.

Jürgen Reents: Also, ich bin in der Beziehung doch etwas skeptischer, es wäre zwar sehr wünschenswert, wenn es gelingen würde, aber ich glaube, man muss schon darauf hinweisen, dass wir hier nicht nur das Problem haben, dass die Regierung eine Unterstützung für die türkische Militärdiktatur leistet, sondern dass wir tatsächlich auch in der

(Forts. S.6)



(Forts. v. S.5)

Bevölkerung erstens eine sehr grosse Interesselosigkeit gegenüber allen Unrechtssituationen haben, die irgendwo im Ausland passieren, und zweitens wirklich das besondere Problem hinzukommt, dass es hier einen stark um sich greifenden Ausländerhass gibt. Einen Ausländerhass, der sich natürlich ganz direkt niederschlägt auf die Menschen, die hier in der Bundesrepublik leben, Ausländer, besonders Türken, der aber natürlich auch Rückwirkung hat auf die Beurteilung von fremden Ländern. Denn ich glaube, dass man nicht in der nächsten Zeit erwarten kann, dass es eine grosse — das muss man, glaube ich, ganz nüchtern sehen — eine grosse Solidaritätsbewegung gibt. Und auch dann das Beispiel, das Du mit Lateinamerika gesagt hast, das ist ja mindestens ebenso bedauerlich, auch was zu Lateinamerika, zu den drohenden Interventionen in Nicaragua passiert, das ist ja sehr gering, wenn man meinetwegen mal vergleicht, was Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre in bezug auf Indochina gelaufen ist, Vietnam, Laos und Kambodscha. Aber da stehen grosse Aufgaben, ich meine nur, man wird das wahrscheinlich nur ganz langsam von unten her verändern können, man wird immer wieder durch solche Aktionen aufmerksam machen müssen auf die Zustände. Das ist ein sehr langer Prozess, bis da eine deutliche Solidarität vorhanden ist.

Christa Reets: Also, ich denke auch, dass der Ansatzpunkt für so eine Solidaritätsbewegung die Friedensbewegung ist, weil man viel deutlicher machen muss, was NATO-Politik überhaupt bedeutet. Aber eine breitere Solidarität in der Öffentlichkeit, da steht wirklich gerade das, was der Jürgen gesagt hat, nämlich diese Ausländerfeindlichkeit, steht dem entgegen. Und wir wissen alle, wenn sich hier Ausländerfeindlichkeit äussert, dann immer gegen Türken.

T.S.: Du hast eigentlich schon angesprochen, was ich als die nächste Frage stellen wollte, und zwar die Aggressionspolitik der Junta in der Türkei. Grenzüberletzung gegenüber Irak, und jetzt wird auch geplant, ob man eine zweite "Grenzüberschreitung" machen soll oder nicht. Seht Ihr vielleicht da auch eine Gefährdung des Friedens im Nahen Osten durch die Junta?

Christa Reets: Der Bedrohung des Friedens. Ja, das ist eigentlich ganz eindeutig. Ich sehe das schon in bezug auf weitergreifende Verwicklungen, ich meine, es sind jetzt so viele Brennpunkte, wo der Frieden sehr bedroht ist, und am stärksten in

Mittelamerika, dass dieser Grenzübertritt vielleicht nicht gleich so stark in die Meinung der Öffentlichkeit kommen wird, als Bedrohung, aber er existiert trotzdem.

Jürgen Reents: Ich glaube, auf eines muss man da noch hinweisen, weil die Türkei ganz offensichtlich dabei ist, sich unter dem jetzigen Regime zu einer Art subimperialistischer Macht im Nahen Osten zu entwickeln. Und auch das hat wieder sehr viel mit der Verantwortung, namentlich USA-/Bundesrepublik, also der NATO-Staaten zu tun. Das ist ja nicht zufällig, dass nach der Entwicklung, die es im Iran gegeben hat, überhaupt die erste NATO-Tagung wieder in Ankara stattgefunden hat, und damit, auf dieser Tagung, ja beraten und beschlossen wurde, von Seiten der NATO-Staaten, eine Stärkung der Südost-Flanke — wie



es da hiess — und wenige Monate später war der Militärputsch, und zur gleichen Zeit hat auch ein sehr grosses NATO-Manöver, übrigens mit Teilnahme auch von Bundeswehreinheiten, stattgefunden. Jetzt, wo das türkische Militärregime seinen Krieg gegen die Kurden geführt hat, hat es ebenfalls wieder ein NATO-Manöver in der Türkei gegeben. Ich glaube, da muss man ziemlich deutlich im Auge haben, dass die Türkei ganz offensichtlich von Seiten der NATO namentlich nach dem Verlust der Rolle des Irans von früher, als eine Ersatzmacht aufgebaut werden soll. Als eine Ersatzmacht, ähnlich wie Israel das auch in einer bestimmten Region tut. Den Widerstand, den die demokratische linke Opposition in der Türkei gegen das Militärregime und zur Wiederherstellung von demokratischen Verhältnissen führt, ist auch ein ganz wichtiger Beitrag zur Friedenssicherung dort in der gesamten Region. Die Frage der Fortdauer und der Fortexistenz des türkischen Regimes ist auch eine Frage, wie weit dort in der gesamten Region Befreiungsbewegungen und Minderheiten unterdrückt werden.

T.S.: Meinst Du, dass die Interessen der USA und der türkischen Junta übereinstimmen, und was sollte Deiner

Meinung nach die Aufgabe der Friedensbewegung sein?

Jürgen Reents: Es ist ziemlich offensichtlich, dass die Türkei die Interessen der USA vertritt. Ich meine, das ist ja immer so, dass sich das gegenseitig erhält. Also, die USA haben Interesse daran, weil sie die Türkei als ein Aufmarschgebiet und auch als eine Raketenbasis haben wollen, in der Vergangenheit und jetzt wieder verstärkt. Und die Türkei bekommt dafür ihre Militär- und Wirtschaftshilfe aus den USA. Dieses gegenseitige Interesse ist sehr stark vorhanden. Ich glaube, das dies über die Türkei hinausgeht. Ich glaube, dass die Friedensbewegung in unserem Land sich sehr viel stärker zu einer wirklichen Antikriegsbewegung hin entwickeln muss, dass sie lernen muss, nicht nur aus der eigenen Betroffenheit eines möglichen Atomkrieges hier in Mitteleuropa heraus zu reagieren, sondern sich stärker dem zuwenden muss, was woanders in der Welt passiert.

Frage von Waltraud Schoppe: Ich möchte wissen, was für eine Hoffnung euer Volk hat, und wie dieses Leid beendet werden kann?

Einer der Hungerstreikenden antwortet:

Unsere einzige Hoffnung ist die Revolution. Ohne die Revolution können wir nicht zu einer gerechten Lebensweise finden, weil die ganze Ungerechtigkeit auf Klassenunterschieden beruht. Die Junta kam im Auftrag der Bourgeoisie, um die Ordnung dieser Klasse sicherzustellen. Das kann man daran sehen, dass Gewerkschaften verboten wurden, die Arbeiter kein Streikrecht mehr haben, die Löhne gedrückt wurden, die Preise steigen, usw., usw. Die Unternehmer erzielen Supergewinne und die Arbeiter müssen sehen, wo sie ihr tägliches Brot herbekommen. Diese Ausbeutung und Unterdrückung kann nur durch die Aufhebung dieser Klassenunterschiede möglich sein. Es besteht für die Bourgeoisie keine Möglichkeit, auch das mindeste an Rechten zu gewähren. Im Gegenteil, sie beutet die Arbeiterklasse überall, wo es nur geht, aus, um international wettbewerbsfähig zu sein. Eine Revolution wird nicht nur das entmündigte Volk befreien, sondern auch die Kriegsgefahr, die die Junta verursacht, würde gebannt werden und die unterdrückten Kurden würden ihre Unabhängigkeit erlangen. Wir bereiten uns auf diese Mission vor. Ich möchte euch herzlich danken für eure Solidarität, die wir so nötig haben und hoffen, dass viel mehr deutsche Demokraten uns unterstützen — für eine demokratische Türkei.

ERKLÄRUNG

der Delegation, die Istanbul vom 5.-13.8.1983 besuchte

Alarmierende Meldungen vom Hungerstreik über 2000 politischer Gefangener in zivilen und militärischen Gefängnissen der Türkei waren der Anlass für unsere Reise. Die Mitglieder hatten von humanitären, kirchlichen und Berufsorganisationen in Deutschland, Österreich und der Schweiz den Auftrag, Anlass des Hungerstreiks (HS) und die Behandlung von Häftlingen zu untersuchen.

Trotz der Schwierigkeiten, Kontakte aufzunehmen, die bis zu unserer ständigen Überwachung führten, haben wir von Angehörigen politischer Gefangener, aus Anwaltskreisen und von offiziellen Stellen folgende Informationen erhalten:

Der HS begann am 6. Juli 83, als ausgesuchte politische Gefangene aus dem Metris- und anderen Gefängnissen in die Isolierzellen des neuerrichteten Hochsicherheitstrakts im Sigmalcılargefängnis verlegt wurden. Ausserdem sollten die Gefangenen eine einheitliche Häftlingskleidung anziehen und sich Brustschilder anheften lassen, die ihren Namen ausweisen, die Organisation, der sie zugeordnet werden, und das beantragte Urteil, das Ganze mit der Überschrift: "Terrorist", eine vorweggenommene Verurteilung.

Die Lage der HStreikenden verschärfte sich, als sich die Gerichte einschliesslich der Staatsanwaltschaft bei den weitergeführten Verhandlungen für unzuständig erklärten, über Haftbedingungen und Auswirkungen des HS zu entscheiden. Die HStreikenden mussten sich auch nachts überlaute Militärmusik anhören. Sie sollten über Lautsprecher eingeschüchtert werden. Schliesslich wurden sie terrorisiert: Sie mussten sich ständig die Schreie ihrer Kranken anhören, die nicht mehr in Krankenhäuser gebracht, sondern in einer behelfsmässigen Krankenstation im Metrisgefängnis behandelt wurden. Über Lautsprecher wurde den HStreikenden vorgeworfen, sie seien schuld, wenn ihre Freunde verreckten.

Vor Gericht gaben die meisten Angeklagten an, ihre Aussagen seien erpresst oder frei erfunden. Offiziell konnten wir auf den Polizeistationen, wo die Vernehmungsprotokolle hergestellt werden, nur erfahren, dass nach den Gesetzen verfahren werde, Folter nicht bekannt sei und Beschwerden nachgegangen werde. Allerdings seien die vorangegangenen zivilen Regierungen darin schwach gewesen, dass sie die

Beweise für Verbrechen nicht effektiv genug beigebracht hätten. Dieses Beschaffen von Beweisen liefe jetzt reibungslos und zufriedenstellend.

Von anderer Seite erhielten wir mehrfach bestätigt, dass geschlagene und mit Elektroschock misshandelte Gefangene dem Richter erst vorgeführt werden, wenn Auswirkungen der Misshandlungen nicht mehr nachweisbar sind.

Uns wurde auch bekannt, dass Verteidiger politischer Gefangener erheblich behindert werden:

Sie können mit ihren Mandanten nie unbeaufsichtigt reden. Für alle ihre Mandanten in einem Gefängnis haben sie zweimal die Woche bis zu 20 Minuten Redezeit. Die Gespräche werden im Metrisgefängnis durch Trennscheibe und per Telefon geführt, das Telefon wird abgehört. Wird den Behörden bekannt, dass ein Mandant kostenfrei verteidigt wurde, droht dem Anwalt die Verhaftung als Terroristensympathisant.

Die türkische Öffentlichkeit ist so gut wie abgeschnitten von Informationen über den HS und den Zustand der Gefangenen. Die Weitergabe solcher Informationen macht jeden der Komplizenschaft verdächtig.

Unsere Delegation konnte unter Schwierigkeiten Zutritt zu öffentlichen Verhandlungen erlangen, in einem Fall wurden wir abgewiesen. Wir konnten

auch keine Bewilligung für ärztliche Erhebungen über den Gesundheitszustand der HStreikenden erwirken.

Offiziell wurde uns die Teilnahme des grössten Teils der Gefangenen im Metrisgefängnis bestätigt. Der HS wurde in allen Istanbul Gefängnissen am 3.8., dem 29. Tag, abgebrochen, allerdings ohne Ergebnis: Die Gefangenen sind immer noch mit Unterwäsche oder Schlafanzügen bekleidet. Unsere besondere Sorge gilt ihrer *jetzigen Lage*: Weder ist sichergestellt, dass sie eine situationsgerechte Nahrung erhalten, noch ist ausreichende ärztliche Betreuung gewährleistet.

Wir geben die dringende Aufforderung der HStreikenden und ihrer Angehörigen weiter nach ausreichender überprüfbarer ärztlicher Versorgung und die Einstellung jeder Art von Behinderung der Tätigkeit ihrer Anwälte.

Wir fordern unsere Regierungen in Bonn, Wien und Bern auf, sich der Klage skandinavischer Staaten, Hollands und Frankreichs anzuschliessen, die die Türkei der Menschenrechtsverletzungen bei der Europäischen Menschenrechtskommission in Strassburg angeklagt haben.

Im Namen der Delegation
Istanbul, den 13.8.1983

Hermann Burgengrün (Pfarrer)



1933 Verbot der Gewerkschaften in Deutschland — 1983 verbotene und unterdrückte Gewerkschaften in der Türkei!

Reinhard Hocker
(Vorsitzender der GEW Köln)

Am 2. Mai 1933 wurden in Deutschland die Gewerkschaftshäuser von SA und SS besetzt. Gewerkschafter und Demokraten wurden inhaftiert, gefoltert und ermordet. Die deutsche Arbeiterbewegung wurde zerschlagen.

1973 putschte in Chile im Auftrag des CIA das Militär. Wieder wurden Demokraten, Gewerkschafter und Sozialisten ermordet, gefoltert und in Lager gebracht. Die sozialistische Regierung unter Allende wurde durch ein blutiges Militärregime ersetzt.

1983 stehen in der Türkei Demokraten und Gewerkschafter vor Gericht, die Gefängnisse sind überfüllt, es wird gefoltert, Todesurteile gegen Demokraten und Gewerkschafter sind an der Tagesordnung.

Die deutsche Arbeiterbewegung hat dieselben Erfahrungen gemacht, die unsere türkischen und chilenischen Kollegen zur Zeit machen. Die deutsche Arbeiterbewegung, insbesondere der DGB, ist daher zur Solidarität mit den türkischen Gewerkschaftern und Demokraten verpflichtet. Die Verpflichtung verstärkt sich dadurch, dass Hunderttausende von türkischen Kollegen mit ihren Familien in unserem Land leben und als aktive Mitglieder der DGB-Gewerkschaften die gewerkschaftliche Arbeit mittragen.

Die Solidarität mit den Demokraten und Gewerkschaftern in der Türkei — und ich meine hier nicht die nur papierene Solidarität der Beschlüsse und Resolutionen — muss Bestandteil unserer tagtäglichen Gewerkschaftsarbeit sein.

Für die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft — insbesondere die Kölner GEW — hat die Verfolgung der Gewerkschafter und Demokraten in der Türkei ein ganz konkretes Gesicht bekommen. Seit 9 Monaten befindet sich unser Kollege Sakir Bilgin — Lehrer an der Hauptschule Mommensenstr. in Köln — in Haft in der Türkei. Eine Anklageschrift gegen ihn gibt es bis jetzt nicht; man wirft ihm wohl vor, die Verhältnisse in der Türkei kritisiert zu haben; also das Menschenrecht der freien Meinungsäußerung wahrgenommen zu haben.

Seit 3 Jahren herrscht in der Türkei eine Militärdiktatur. Die Generäle



behaupten zwar, das Land zur Demokratie zurückzuführen. Doch die Menschenrechte bleiben weiterhin ausser Kraft, die Verfolgung der Gegner des Regimes geht weiter — sie wird sogar immer blutiger —, die meisten Gewerkschaften bleiben verboten, gewerkschaftliche Betätigung ist so gut wie ausgeschlossen, Arbeiterkämpfe sind unmöglich. Die kurdische Bevölkerung in der Türkei wird brutal unterdrückt. In türkisch Kurdistan herrscht Kriegszustand. Dazu kommt die völlig menschenrechtswidrige kulturelle Unterdrückung, nicht einmal das Recht, eine eigene Sprache zu sprechen, wird den Kurden zugestanden.

Die Militärregierung behauptet weiter, die wirtschaftliche Lage der Türkei zu verbessern. Aber die Inflationsrate in der Türkei beträgt 60%. 6 Millionen Menschen sind ohne Arbeit. Not und Hunger sind überall anzutreffen.

Schauen wir nun auf die Bundesrepublik. Der Selbstmord Kemal Altuns macht deutlich: Das Menschenrecht des politischen Asyls ist für Behörden und Politiker der BRD, insbesondere für den Innenminister Zimmermann und den Justizminister Engelhard unwichtig. Wichtig ist für diese "Phantomdemokraten" die gute Zusammenarbeit mit der Polizei in der Türkei — einer Polizei, die erwiesenermassen foltert und Menschen unter grauenhaften Bedingungen inhaftiert. Dies hat nicht zuletzt der Hungerstreik der politischen Gefangenen in Istanbul und Diyarbakir im Juli und August dieses Jahres gezeigt.

Am Tode Kemal Altuns ist der Innenminister dieses Landes mitschuldig — er muss zurücktreten!

Unsere Forderung muss lauten: Keiner, absolut keiner darf an die Türkei ausgeliefert werden.

Immer noch, trotz weltweiter Proteste und Initiativen des Europäischen Parlaments, zahlt die Bundesrepublik an die Türkei Wirtschafts- und Militärhilfe. Wer — wie das die Bundesrepublik tut — mit der Türkei zusammenarbeitet und sie unterstützt, ist mitschuldig an den blutigen Verbrechen des Militärregimes.

Die Herbstmonate dieses Jahres sind geprägt durch den Kampf für den Frieden, gegen wachsende Kriegsgefahr durch die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in unserem Land. Unser Einsatz für die Menschenrechte in der Türkei und der Kampf der Friedensbewegung gehören zusammen. Die Politiker und Militärs in den USA haben im türkischen Militärregime einen Agenten ihrer Aufrüstungspläne. Auch in der Türkei werden Raketen stationiert und einige NATO-Flugplätze gebaut.

Unsere Forderung nach der Wiederherstellung der Menschenrechte in der Türkei muss daher auch eine Forderung der Friedensbewegung sein. Nur in einer demokratischen Türkei kann sich eine Friedensbewegung breit entfalten.

Unsere Forderungen lauten:

- umgehende Wiederherstellung der Menschen- und Gewerkschaftsrechte in der Türkei
- sofortige Freilassung aller durch das Militärregime inhaftierten Gewerkschafter und Demokraten
- sofortiger Stopp der Militär- und Wirtschaftshilfe
- keine Auslieferungen an die Türkei
- schnelle und unbürokratische Gewährung des Asylrechts für alle Personen, die aufgrund ihrer politischen und gewerkschaftlichen Aktivitäten in die Bundesrepublik flüchten mussten.

Freiheit für die Türkei bedeutet aber auch Freiheit für Chile und die Beendigung des ökonomischen, politischen und militärischen Drucks auf Nicaragua durch die USA.

Aufruf an alle Demokraten

Olga Çoşkun

An alle Menschen mit deutscher oder anderer Staatsangehörigkeit: solidarisiert Euch mit all euren ausländischen, insbesondere türkischen Mitmenschen, denen das Recht aberkannt wird, sich hier in der Bundesrepublik in demselben Masse zu äussern wie ihre deutschen Mitbürger und ihren Protest auf die Strasse zu tragen, falls sie mit der Politik in der Bundesrepublik nicht einverstanden sind. "Türken" laufen, gehen sie auf die Strasse, um gegen die Bundesregierung zu demonstrieren oder zu protestieren, Gefahr, aus dem Lande gewiesen zu werden. Solche Vergehen werden mit nichts geringerem als "Landfriedensbruch" bezeichnet.

Den Zeitpunkt der Forderung nach mehr Solidarität bestimmt nicht der Zufall, sondern die mit dem Regierungswechsel in Kraft getretene "neue Ausländerpolitik". Was gestern noch als unmöglich erschien, ist heute schon zu unserem Alltag geworden.

Seit einigen Wochen wird diese neue Politik praktisch angewandt: Politisch Verfolgte, die in der Bundesrepublik Antrag auf Asyl stellen, müssen zuerst in sogenannten Asylantensiedlungen auf den Bescheid warten. Diese Siedlungen sind in mancher Hinsicht moderne KZs. Die Menschen dort haben nur ein Minimum an privatem Bewegungsbereich, ein Bett dürfen sie, solange sie in der Siedlung wohnen, ihren Privatbereich nennen. Familien werden entweder getrennt und zerrüttet oder auf engstem Raum zusammengedrängt. Die Asylsuchenden haben kaum Zugang zu ihrer Umwelt, denn ihre Aufenthaltsgenehmigung beschränkt sich jeweils auf den Kreis, in dem sich das Lager befindet. Die Siedlungen befinden sich vornehmlich in abgelegenen Gebieten, sodass es für den Asylant immer eine kleine Reise bedeutet, wenn er in die nächstliegende Stadt will, zumal er sich solche Ausflüge nur selten erlauben darf, da sonst das Geld für Bahn und Bus nicht ausreicht. Der Asylant bekommt in der Regel DM 70.— im Monat, womit er seine privaten Bedürfnisse abdecken soll. Eine Arbeitserlaubnis bekommt er erst, nachdem der Antrag bewilligt worden ist, und das kann sich über etliche Jahre hinziehen.

Wird der Asylantrag von den Gerichten abgelehnt, werden die Asylanten ausgewiesen. Diese Ausweisung bedeutet aber nicht, dass die Antragsteller dazu berechtigt sind, sich ein anderes Land als Asyl auszusuchen.

Die Ausweisung bedeutet im gleichen Atemzuge eine Einweisung, das heisst eine Auslieferung an ihr Heimatland, aus dem sie ursprünglich geflohen sind, um hier in der Bundesrepublik Asyl zu suchen.

Betrachtet man zum Beispiel die Türkei, so ist die mit der Ausweisung verbundene Einweisung eine Einweisung im wahrsten Sinne des Wortes, nämlich eine Einweisung in das nächste Gefängnis. Was die Gefangenen in den türkischen Gefängnissen erwartet, ist Folter und Terror. In den drei Jahren, seit das Militär mit Hilfe eines Putsches die Macht ergriff, sind 46 Menschen hingerichtet worden; 5597 Angeklagten droht die Todesstrafe; 173 wurden bereits zum Tode, 178 zu lebenslanger Haft verurteilt, 11.000 zu Haftstrafen unterschiedlicher Dauer, und über 180 Menschen sind an den Folgen der Folter gestorben.

Die genannten Zahlen beziehen sich nicht auf Mörder, Schwerverbrecher, Bankräuber oder Vergewaltiger — nein, es sind alles politische Gefangene. Die Bundesregierung kennt diese Zahlen genau und liefert trotz dieser Tatsachen die Asylsuchenden wieder an ihr Heimatland aus. Dort werden sie möglicherweise zum Tode verurteilt oder gehen an Folterungen zugrunde. Die Politik der Bundesrepublik Deutschland ist, und das sollen alle wissen, eine direkte Unterstützung der faschistischen Diktatur in der Türkei.

Doch wie die Geschichte lehrt, unternimmt nahezu kein Land etwas, ohne einen eigenen Nutzen daraus ziehen zu können. Für die Bundesrepublik ist die derzeit betriebene Politik in zweierlei Hinsicht von Nutzen: erstens werden durch die prompte Erledigung der Forderungen der Türkei bezüglich verschiedener Auslieferungen die diplomatischen Beziehungen beider Länder in keiner Weise beeinträchtigt, und zweitens kann die Bundesregierung die Ausweisungen ein wenig schneller abwickeln, um die ausländischen Arbeitnehmer zu vermindern, um angeblich so die Krise, die Arbeitslosigkeit überwinden zu können. Das ist ein grosser Betrug am gesamten Volk.

Die Arbeitslosigkeit, die schon seit 1975 ständig wächst und jetzt, 1983, bei 2,4 Millionen angelangt ist, hat ganz andere Ursachen, als dass die "Ausländer den Deutschen die Arbeit wegnehmen". Die wahren Ursachen der Arbeitslosigkeit werden, so gut es noch

funktioniert, verschleiert. Die Bevölkerung "informiert" sich durch die bürgerliche Presse, die diese Ausländerhetze weitgehend unterstützt. Der Staat versucht die aufgrund von Modernisierungen in der Industrie überflüssig gewordenen Arbeitskräfte mit seiner Politik zu reduzieren. Somit verschmelzen die Interessen des Staates und der Unternehmer zu einem Ganzen. Die Arbeitslosigkeit ist, um die Sache endlich einmal beim Namen zu nennen, "eine notwendige Folge des Kapitalismus". Damit ist folgendes gemeint:

Die Entwicklung der Technik und Wissenschaft ist nicht aufzuhalten, steht nicht still, sondern geht kontinuierlich weiter. Für die Kapitalisten bedeutet diese Entwicklung eine Verbesserung der Maschinen. Die alten Maschinen werden gegen neue ausgetauscht, um mit dem schnellen und rationalisierten Produktionsverfahren anderer mithalten zu können. Würden die Kapitalisten nicht in demselben Ausmass wie ihre Konkurrenten modernisieren, würden sie nicht konkurrenzfähig bleiben, und die "Pleite" wäre nur noch eine Frage der Zeit. In seiner Konsequenz bedeutet das eine erhöhte Nachfrage für Maschinen und somit eine verminderte Nachfrage für Arbeitskräfte. Die Arbeit, die früher zehn Menschen erledigten, kann mit einer neuen Maschine von fünf Menschen verrichtet werden. Die restlichen fünf Arbeiter verlieren ihre Arbeit. Je weiter sich die Technik entwickelt, desto mehr wird das Heer der Arbeitslosen anschwellen. Natürlich gäbe es Mittel und Wege, jedem Arbeiter Arbeit geben zu können, das liegt aber nicht im Sinne der Kapitalisten. Hätte jeder Arbeiter Arbeit, hiesse das für die Menschen eine generelle Verkürzung des Arbeitstages bei vollem Lohnausgleich. Dieses Vorgehen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit würde sich jedoch nicht zugunsten des Kapitalisten auswirken, und so entlässt er lieber die Arbeiter, um sich seines Gewinns weiterhin sicher sein zu können.

Nicht die Bourgeoisie wird zur Verantwortung gezogen, dass die Arbeitslosigkeit von Tag zu Tag steigt, sondern die Opfer der Krise. Besonders die ausländischen Arbeitnehmer müssen, ob sie wollen oder nicht, die Schuld für die steigende Arbeitslosigkeit übernehmen. Somit ist ein schwarzes Schaf gefunden, die Politik wird danach ausgerichtet. Wieder

(Forts. S. 10)

(Forts. v. S.9)

einmal beweist sich der Gedanke von Marx, der sagt, "dass stets die ökonomischen Verhältnisse das Handeln und Tun der Menschen bestimmen".

Vor etwa einem Monat wurden zum ersten Mal 38 Menschen in die Türkei ausgewiesen. Trotz sofortigem Protest deutscher und türkischer Mitbürger auf dem Frankfurter Flughafen konnte die Ausweisung nicht verhindert werden. Bis jetzt ist immer noch unklar, was mit jedem von ihnen geschah. Feststeht, dass die politischen Gefangenen sofort in das nächste Gefängnis gebracht wurden, wo sie Folter und schwere Strafen erwarteten. Trotz mehrmaligen Versicherungen der Bundesregierung, dass den Ausgelieferten keine Folter drohe oder zumindest nichts derartiges bekannt sei, dringt die Wahrheit immer wieder ans Tageslicht. Wahrheit ist, dass in der Türkei gefoltert und gequält wird und sowohl Frauen als auch Männer an den Folgen der Folter gestorben sind. Dies ist eine Tatsache, und eine weitere Tatsache ist, dass die Bundesregierung lügt und versucht, den Faschismus in der Türkei zu decken und seine Verbrechen zu verschleiern.

Den 38 ausgewiesenen Türken sollte die Ausweisung des türkischen Staatsangehörigen Kemal Altun folgen. Nach zwei Verhandlungen drohte ihm die Auslieferung. Dieser Mann zog den Freitod den Misshandlungen in den türkischen Gefängnissen vor und sprang aus dem Gerichtsgebäude in den Tod.

Heute gehören Asylverfahren zum Alltag in deutschen Gerichten. Allzuoft wird der Asylantrag abgelehnt und weitere Ausweisungen werden vorgenommen, jedesmal ein wenig stiller, jedesmal ein wenig routinierter. Vor kurzem hat ein Türke, dem die Auslieferung drohte, einen Selbstmordversuch unternommen, er konnte gerettet werden. Hätte ein Tod mehr noch einmal die Presse und die fortschrittliche Bevölkerung so in Entrüstung und Bewegung versetzt wie der Tod von Kemal Altun? Sicherlich nicht! Allzu schnell wird ein Verbrechen zur Gewohnheit; Gewohnheit tritt ein, wo der Ruf nach Befreiung von Unterdrückung zur Aktivität treiben sollte. Jede Passivität wirft einen weiteren Stein auf den fruchtbaren Boden der Veränderung. Unablässig wird versucht, durch Aufrufe, durch Mitteilungen, durch Proteste und Veranstaltungen an die Menschen heranzutreten und sie zu alarmieren, doch gähnt das bürgerliche Weltwissen ungläubig bei den Rufen der unterdrückten und ausgebeuteten Menschheit, die nach Solidarität

schreit.

Doch was macht es so schwer, den Terror der Welt als real zu betrachten, wenn man ihn nicht am eigenen Leibe verspürt?

Auch wenn die ökonomische Situation in der BRD noch soweit intakt ist, dass die Menschen noch arbeiten können, weder Hunger noch Durst leiden und über eine relative soziale Sicherheit verfügen, betreffen uns Gesetze und Verordnungen alle. Die Entscheidungen, die die Bundesregierung im Hinblick auf die dritte Welt oder die Türkei fällt, treffen uns zwar nur vom "Hören-Sagen" und dringen nur knapp an den Rand des Bewusstseins vor. Jedoch trifft uns das neue Ausländergesetz nicht nur abstrakt, sondern konkret. Alle Bundesbürger müssen dazu Stellung beziehen, denn Tag für Tag treffen wir mit vielen ausländischen Mitbürgern zusammen, und wie wollen wir uns da

verhalten? Der Entscheidung kann niemand entgehen.

Solidarisieren Sie sich mit dem Kampf gegen die Ausweisungen, mit dem Kampf gegen die Ausländerfeindlichkeit, mit dem Kampf gegen den Faschismus und üben Sie als fortschrittlicher Mensch im Rahmen ihrer Möglichkeiten Druck auf die Bundesregierung aus.

Unsere ausländischen Mitbürger sollen nicht die Schuld daran tragen, dass die Arbeitslosigkeit und die ökonomische Krise nicht einfach mit einem Regierungswechsel zu lösen ist.

Falls Sie Interesse haben, sich aktiv am Kampf gegen den Faschismus zu beteiligen, solidarisieren Sie sich mit der "Initiative für die Verteidigung der demokratischen Rechte in der Türkei" und helfen Sie uns mit Ihrer Kraft und Ihrer Zeit.

Nieder mit dem Faschismus!

Hoch die internationale Solidarität!

Ein ganz "normaler" Fall

Mein Freund S.K., der im April 83 ohne Haftbefehl festgenommen wurde und in Untersuchungshaft sass, berichtete mir:

"... Zwei Polizisten nahmen mich im Café fest, brachten mich zur Wache und wollten von mir wissen, welcher Organisation ich angehöre, an welchen Aktionen ich teilgenommen habe und mit welchen Leuten ich verkehre. Ich erklärte ihnen, dass ich keiner Organisation angehöre und ausser zu meiner Frau und meinen Eltern keinen Kontakt zu anderen habe. Sie haben mir nicht geglaubt. Nach mehrmaligem Fragen brachten sie mich ins Gefängnis. Ich musste dort mehrere

Stunden warten, bis zwei Soldaten mich — die Hände gefesselt — in einen dunklen Raum brachten. Nach ein paar Minuten kamen zwei Männer in Zivilkleidung und stellten mir die gleichen Fragen. Als sie keine zufriedenstellenden Antworten von mir bekamen, schlugen sie beide auf mich los... Zunächst bekam ich Fusstritte, dann zogen sie mir die Schuhe aus und schlugen mit einem Knüttel auf meine Fussohlen, bis ich nicht mehr schreien konnte. Sie liessen mich allein, nachdem sie mir die Handschellen abgenommen hatten. Ich hatte Schmerzen und konnte mich nicht aufrichten. Ich blieb regungslos liegen, so wie sie mich verlassen hatten. Meine Frau und meine Eltern wussten nicht einmal, wo ich mich befand und was mit mir geschehen war...

Am nächsten Tag wachte ich durch fürchterliche Schreie eines Gefolterten aus der Nachbarzelle wieder auf. Eine Weile später ging die Tür auf und jemand stellte eine Schale mit Wasser und ein Stück Brot auf den Boden, und sagte zu mir: "Hier, du linker Hund, du bist es nicht einmal wert, das heilige Brot zu essen." Ich bemerkte erst jetzt, dass ich Hunger hatte. Ich ass das Stück Brot und trank das Wasser, da ging schon wieder die Tür auf und die beiden vom Tag zuvor kamen wieder. "Na, wie fühlst du dich? Wirst du jetzt sprechen, oder sollen wir dich zum Krüppel machen?" sagte einer von ihnen. Ich wiederholte ständig, dass ich mit nichts zu tun habe und unschuldig bin. Der

(Forts. S.11)



(Forts. v. S.10)

andere sagte: "Wen willst du da verarschen, ha? Ihr sagt nichts, aber wir bringen dich schon zum Reden." Der eine schloss die Tür, dann kamen beide auf mich zu und banden mich an den Füßen mit einem Strick fest, den sie mitgebracht hatten. Ich versuchte mich zu wehren, ich schrie lauthals, aber es half alles nichts. Sie rissen mir die Kleider vom Oberkörper und hängten mich kopfunter mit den Füßen an den Ringen auf, die an der Decke befestigt waren. Sie schlugen mich mit dem Knüppel, bis mein ganzer Oberkörper rot von den Schlägen wurde. Ich schrie und flehte. Sie machten weiter, als ob sie keine Menschen wären. Dann machten sie eine Pause und rauchten. Ich wimmerte und stöhnte, und beide fragten mich ab und zu, ob ich nun sprechen wolle. Als die Antwort ausblieb, drückten sie ihre Zigaretten an meinen Brustwarzen aus. Es war furchtbar... es war qualvoll. Es war die reine Hölle. Ich trage immer noch die Spuren von dieser Folter."

Er machte seinen Oberkörper frei und zeigte mir die verbrannten Brustwarzen.

"Ja, sie liessen mich ein paar Stunden so hängen, und liessen mich dann herunter. Ich blieb zwei Tage lang in Einzelhaft. Am vierten Tag nach meiner Festnahme kamen die beiden wieder und brachten mich auf einen sesselartigen Stuhl, der am Boden festgeschraubt war, und banden meine Hände am Stuhl fest. Ich war voller Angst und flehte sie an, doch sie hörten nicht zu und machten dann meinen Penis frei und befestigten eine Metallklammer daran. Eine zweite Metallklammer befestigten sie an meinem linken Ohr. Dann gingen sie an den Generator, an den die Klammern durch Kabel angeschlossen waren, und setzten ihn in Gang. Mit jedem Stromschlag stand ich auf und setzte mich wieder. Hin und wieder stellten sie mir Fragen, und ich wiederholte ständig, dass ich nichts wisse. Die Stromschläge wurden immer stärker, bis ich bewusstlos wurde..."

Die nächsten Tage blieb ich in einer Einzelzelle. Es dauerte 4 oder 5 Tage, ich weiss es nicht mehr, dann wurde ich freigelassen. Man riet mir, niemandem zu erzählen, was geschehen war, es würde zu nichts führen und sich für mich sowieso nur nachteilig auswirken. Da ich Angst hatte, dass sich diese Erlebnisse wiederholen würden, meine Frau nicht in Mitleidenschaft ziehen wollte und als einfacher Bürger gegen einen mächtigen Polizeiapparat sowieso nichts bewirken konnte, habe ich es unterlassen, einen Anwalt aufzusuchen." ...

Die Lage in den Gefängnissen

Im dritten Jahr seit der Machtübernahme der faschistischen Generäle sind in türkischen und kurdischen Gefängnissen mehrere Hungerstreiks von Inhaftierten durchgeführt worden, um bessere Haftbedingungen zu erreichen und gegen die Repressalien der Diktatur und ihrer Handlanger zu protestieren. Die Hungerstreiks sind das Ergebnis jahrelanger systematischer Folter und Unterdrückung.

In den berüchtigten Gefängnissen Metris und Sultanahmet in Istanbul, Mamak in Ankara und im Militärgefängnis Diyarbakir, in denen sich politische Gefangene befinden und die repräsentativ für viele andere Gefängnisse sind, wurden und werden Foltermethoden angewandt, die einer Vielzahl von Oppositionellen das Leben gekostet haben.



Die Gefangenen werden vor Militärgerichten angeklagt. Die Anklageschriften stützen sich auf durch Folter erpresste Aussagen. Zu Massenprozessen führt man nicht alle Inhaftierten, sondern nur Gruppen von fünf oder zehn Personen. Die Zeugen werden unter Druck gesetzt und den Angeklagten keine Möglichkeit zur Verteidigung gegeben. Die Verhandlung dient eigentlich nur dazu, die Öffentlichkeit zu beruhigen.

Obwohl die Untersuchungshaft offiziell nur 45 Tage betragen soll, dauert sie in Wirklichkeit bis zur Entlassung (bzw. bis zum Tode des Gefangenen). Einem Inhaftierten droht dauernd Folter. Die Gefangenen unterstehen von Anfang an militärischer Disziplin. Sie müssen Einheits-

kleidung tragen; täglich gibt es militärische Übungen und nationalistiche Propaganda. Sie sollen so zum Gehorsam erzogen werden. Die sich dagegen auflehnen, werden durch Folter, Erniedrigung und Bedrohung zum Mitmachen gezwungen. Die Folter wird von speziell ausgebildeten Folterteams in Einzel- oder Gemeinschaftszellen durchgeführt.

Die Häftlinge haben kein Schreibmaterial zur Verfügung, bekommen keine Zeitungen und sind praktisch von der Aussenwelt abgeschnitten, zumal sie Besuchsverbot haben oder die Besuchszeit nur sehr kurz ist (Familienmitglieder dürfen die Häftlinge nur 10 Minuten pro Woche sehen).

In manchen Gefängnissen sitzen sich Besucher und Häftling durch eine Glasscheibe getrennt gegenüber und verständigen sich über eine Telefonleitung, die jederzeit per Knopfdruck unterbrochen werden kann. Ein Anwalt hat nur zweimal 20 Minuten pro Woche Zeit, mit seinen Mandanten — egal, wieviel es sind — zu sprechen.

Das Essen ist einseitig und deckt auf keinen Fall den Bedarf an Vitaminen. Durch Unterernährung und Folter kommt es bei den Gefangenen oft zum physischen und psychischen Zusammenbruch. Es gibt keine anständige ärztliche Versorgung.

So ist die Lage der meisten 172.000 politischen Häftlinge in der Türkei. In solchen KZ-ähnlichen Gefängnissen wird die Menschenwürde mit Füßen getreten.

Die systematische Unterdrückung und Folter von Progressiven und Demokraten wird weitergeführt, wenn auch die Junta mit den Pseudo-Wahlen den Massen "die Rückkehr zur Demokratie" verspricht.

Auch wenn "freie" Wahlen stattfinden und eine zivile Regierung das Ruder in der Türkei übernimmt, solange die herrschende Klasse der Bevölkerung keine demokratischen Rechte gewähren kann, solange wird es Menschen geben, die für die Erlangung dieser Rechte kämpfen. Es ist die Aufgabe aller Progressiven und Demokraten, den Kampf für eine echte Demokratie in der Türkei zu unterstützen. Auch Pazifisten, die gegen jede Gewaltanwendung sind, müssten sich an dieser Solidarität beteiligen, denn es ist nicht nur dann Krieg, wenn die Bomben fallen, es ist immer Krieg, wenn es Gegensätze zwischen den Klassen gibt. Der sicherste Weg, Frieden zu schaffen, ist der, die Klassengegensätze abzuschaffen.



29-30 Ekim
October
Oktober **1983**

LONDON

TÜRKİYE'DE DEMOKRASİ İÇİN ULUSLARARASI KONFERANS

INTERNATIONAL CONFERENCE FOR DEMOCRACY IN TURKEY

INTERNATIONALE KONFERENZ FÜR DEMOKRATIE IN DER TÜRKEI

Vom 29.-30. Oktober 1983 veranstalten die "Alternative Türkeihilfe" aus der BR Deutschland und das "Committee for the Defence of Democratic Rights in Turkey" aus Grossbritannien in London eine Internationale Konferenz, die der demokratischen Öffentlichkeit den wahren Charakter der kommenden

Pseudo-Wahlen in der Türkei aufzeigen soll. Auch die britische "Turkey Solidarity Campaign" will sich aktiv an der Vorbereitung dieser Veranstaltung beteiligen.

Britische Parlamentarier und Gewerkschafter sind als Redner vorgesehen; auch aus anderen europäischen Ländern werden Parla-

mentarier, Gewerkschafter, Journalisten und Anwälte erwartet. Zahlreiche Progressive und Demokraten aus der Türkei sind eingeladen.

Die Internationale Konferenz für Demokratie in der Türkei wird die Solidaritätsbewegung in Westeuropa stärken und weiter vorwärts treiben.

V.i.S.d.P.: Initiative für die Verteidigung der demokratischen Rechte in der Türkei
c/o Ulrike Garbatz
Hohenstaufenring 23
5000 Köln 1

Organisationen, die uns unterstützen:

KÖLN: Solidaritätsbund der Arbeiter a.d. Türkei
Krefelderstr. 29
5 Köln 1
Tel: 0221/721908

MANNHEIM: MİB
K 2,29
6800 Mannheim 1

HAMBURG: HTİB
Erzbergerstr 15
2000 Hamburg 50
Tel: 040/3902103

FRANKFURT: FTİB
Leipzigerstr. 32
6000 Frankfurt 1
Tel: 0611/777849